

# **Unser Realismus bedeutet: Mit dem System brechen**

**Michel Husson**

*Inprekorr* n°368, juni 2002

**Seit dem Schock vom 21. April versucht die herrschende Meinung, unser Programm als „unausgegoren und albern“ zu diskreditieren und uns als reine Protestbewegung mit Le Pen auf eine Stufe zu stellen. Gegen solche Konstruktionen müssen wir uns verwahren und klar herausstellen, dass eine andere Politik sehr wohl möglich ist.**

Das bürgerliche Denken beruht auf der Grundannahme, dass die Gesetze einer modernen Ökonomie und zuvorderst ihre weltweite Durchsetzung jedwede Alternative ausschließen. Wenn man sich dieser Realität verschließt, dann flüchtet man in eine ohnmächtige Protesthaltung, in der sich die Extreme wieder berühren. So lautet zumindest die Interpretation, die Philip Gordon und Sophie Meunier, Koautoren von „Nouveau Défi Français“ (Frankreichs neue Herausforderung), in *Le Monde* vom 16. April liefern. In ihren Augen „ist die Integration der französischen Ökonomie in den Globalisierungsprozess vorzüglich gelungen“, auch wenn hierbei „die traditionellen politischen Lager neu formiert werden mussten. In dieser Frage weisen die politischen Extreme mehr Gemeinsamkeiten untereinander als mit der Mitte auf. Wiederum stehen die Parteien in der Regierungsverantwortung einander näher als den jeweiligen Extremen. Chiracs Argumentation einer ‘humanen Globalisierung’ und Jospins ‘reglementierte Globalisierung’ sind untereinander praktisch austauschbar, egal was ihre Protagonisten dazu sagen mögen. Dies erstaunt auch nicht ... können sie doch schwerlich zugeben, dass sie wenig Einfluss auf Märkte und weltwirtschaftliche Entwicklungen haben.“

## **Welche Voraussetzungen braucht eine Alternative?**

Angenommen, unser Programm sei „unausgegoren“, wie Emmanuel Todd in *Le Monde* vom 24. April behauptet, dann ist es jedoch keineswegs mit Le Pens Vorstellungen vergleichbar. Auch Todd muss zugeben, dass unser Programm und unsere Wähler die „Wiederentdeckung der Werte der Gleichheit“ bedeuten, wohingegen das Programm des Front National „eine Korruption der Arbeiter durch die Werte der Ungleichheit, die die kapitalistische Gesellschaft entstellen“, zum Ausdruck bringt. Da genau dies die entscheidende Frage ist, gilt es zu wissen, ob Spielraum für eine andere Politik vorhanden ist. Spontan würde man hierauf antworten, dass es einer Revolution zur Änderung der Gesellschaft bedürfe; dann würden auch die sogenannten Unausgegorenheiten möglich werden.

Die Grenzen einer solchen Argumentation liegen auf der Hand und in gewisser Weise gäbe man Jospin damit recht. Wenn nämlich die Revolution die einzige Alternative ist und diese bekanntlich nicht auf der Tagesordnung steht, dann bliebe Jospin gar keine andere Wahl, als die notwendige „Modernisierung“ mitzumachen. Diese Interpretation muss kategorisch zurückgewiesen werden, da andere Optionen sehr wohl möglich waren. In vielen Bereichen hat die Regierungslinke diesen Trend nicht nur nachvollzogen, sondern oft sogar vorweggenommen. Rückblickend erscheint Jospins Politik wie die eines „Fährmanns“, der die Linke aus der Position eines zaghaften Reformismus hin zur vollständigen Übernahme des Neoliberalismus geleitet hat. Aber die Linke war nicht bereit zu diesem Paradigmenwandel und das Unternehmen ist gescheitert: Die extreme Linke hat zugelegt, die KP ist zurückgefallen und ein „republikanischer Pol“ ist aufgetaucht, der hoffentlich bald wieder untergeht.

Die einzelnen Schritte bei diesem Wechsel der Grundorientierung der Regierungslinken waren jeweils verpasste Gelegenheiten auf die Bedürfnisse der ArbeiterInnen einzugehen. Jospin hätte die Forderung der Arbeitslosenbewegung aufgreifen und die Verfügungsmasse in seinem Haushalt dafür nutzen können, die sozialen Mindestleistungen zu erhöhen, statt die Einkommenssteuer zu senken, was anderen Gesellschaftsschichten zugute kam. Vielleicht wären deswegen ein paar Nachwuchsbanker bis zur nächsten Rezession nach London ausgewandert, aber die Wirtschaft wäre durch die Steigerung der Kaufkraft angekurbelt worden. Jospin hätte auch – wie von mehreren Gewerkschaften gefordert – die „Arbeitgeber“ beiträge zur Rentenversicherung erhöhen können statt Lohneinsparungen dafür herzunehmen und so der Einführung von Pensionsfonds den Weg zu ebnen.

Die UnternehmerInnen hätten protestiert, aber der inzwischen so breit angekündigten Krise der Rentenversicherung nach dem Umlageverfahren wäre effektiv vorgebeugt worden. Die 35h- Woche hätte zu restriktiveren Bedingungen für die Unternehmer eingeführt werden können, statt zu Lasten der Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen sowie Löhnen zu gehen. Mehr Arbeitsplätze hätten geschaffen werden können und die Regierung hätte sich somit eine soziale Basis geschaffen. Stattdessen ist Jospin die Großtat gelungen, aus der 35h- Woche eine Maßnahme zum Nachteil der ArbeiterInnen zu machen. Zu guter Letzt hätte Jospin gegen Entlassungen intervenieren können, statt den ArbeiterInnen bei Michelin oder Danone zu erzählen, dass er nichts dagegen tun könne. Auf diese Art hätte er ihnen Gründe an die Hand gegeben, für ihn zu stimmen.

Zu diesem Zweck hätte man die Einkommensverteilung zugunsten der abhängig Beschäftigten umverteilen müssen. Was ist daran unmöglich oder unausgegoren? Nach herrschender Meinung heißt es immer, dass dies wegen der Wettbewerbsfähigkeit nicht machbar sei, wobei man sich regelmäßig auf die Globalisierung beruft. Aber dieses Argument greift nicht: Unser Programm sieht vor, Lohnsteigerungen durch eine Senkung der Kapitaleinkünfte zu finanzieren und es ist nicht einsehbar, warum die Ausschüttung von Dividenden ökonomisch vernünftig, Lohnerhöhungen hingegen unausgegoren sein sollen. Man sagt uns weiter, dass dann das Kapital und die Kapitalbesitzer außer Landes gehen würden. Aber dies Argument ist strenggenommen kein wirtschaftswissenschaftliches, sondern bedeutet letzten Endes nur, dass sich die Besitzenden nicht ohne weiteres enteignen lassen und mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Widerstand leisten werden. Das ist zweifellos richtig, aber dies tun gewissermaßen auch die Wähler von Le Pen, die auf diese Weise ihren Widerwillen ausdrücken, dass sie nicht an einer gleichmäßigen Verteilung der Reichtümer teilhaben können.

Wenn er nur ein klein wenig reformistisch gewesen wäre, hätte Jospin etwas in dieser Richtung unternehmen können. Dass er das nicht getan hat, lag nicht an fehlenden Alternativen, sondern vielmehr an seiner bewussten politischen Option, die das Höchstmaß an zulässiger Konfrontation mit den Unternehmern festlegte und die auf eine privilegierte Allianz mit den Mittelschichten abzielte. Seither ringt sich die PS auf ihre Art zu der Erkenntnis durch, dass eine andere Orientierung wünschenswert und machbar sei. In Windeseile wurde ein neues Programm gestrickt, in dem endlich von Kaufkraft und Recht auf Arbeit die Rede ist. Man muss den Enthusiasmus eines frisch Bekehrten begrüßen, ohne deswegen jedoch in naive Gutgläubigkeit zu verfallen. Dieses Programm ist tatsächlich einstimmig angenommen worden, das heißt auch von Fabius, dem größten Verfechter der Steuersenkungen, und von Strauss-Kahn, dem König der Privatisierungen und stock-options. Die Heuchelei geht weiter.

### **Unsere Kohärenz**

Unser Programm ist in sich völlig schlüssig. Diese Kohärenz ergibt sich jedoch nicht aus der Akzeptanz der Gesetzmäßigkeiten des neoliberalen Kapitalismus. Sie beruht vielmehr auf einem radikalen Bruch mit diesen Prinzipien. Radikal sein heißt, an die Wurzel des Übels zu gehen und die Ursachen für Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit im Verhältnis von Kapital und Arbeit zu suchen. Zu diesem Zweck muss man die beiden großen Tabus infrage stellen, das heißt die aktuelle Verteilung der Einkommen und das kapitalistische Eigentumsrecht. Wir treten für die Erhöhung der Löhne und Sozialeinkommen zu Lasten der Kapitaleinkünfte ein. Wir sind für das Verbot von Entlassungen zum Nachteil der freien Verfügungsgewalt der UnternehmerInnen. Und wir sind für den Übergang zur 32h-Woche unter Kontrolle der Arbeiter und gegen Arbeitsintensivierung und prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Wenn die Regierung wirksame Maßnahmen in diesem Sinne ergriffen hätte, statt beim geringsten Stirnrnzeln der Unternehmer und bei der leisesten Erschütterung des Marktes einen Rückzieher zu machen, dann hätte sie eine Wählerbasis in der Bevölkerung gefunden, weil diese dann ihre Interessen wahrgenommen gesehen hätte. Vorstöße in diese Richtung hätten dem Europa in der reaktionären Auslegung von Maastricht und Amsterdam die Legitimation entzogen und die Errichtung eines anderen Europa ermöglicht, das auf der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse beruht. Der reaktionäre Umschwung hin zu einem Nationalverständnis nach dem Vorbild von Vichy hätte jede Glaubwürdigkeit verloren, was den Widerstand gegen Sozialabbau anbetrifft.

Auf einer solch kohärenten Haltung muss die Neuzusammensetzung der radikalen Linken basieren. Über Oliviers Kampagne hinaus manifestieren sich die sozialen Kämpfe der letzten Jahre in diesem Programm, das einen Bruch mit dem System markiert. Man muss nur dafür sorgen, dass es auch Früchte trägt und noch besser verankert wird. Hierbei gilt es zwei Sackgassen zu vermeiden: Es darf zum einen nicht dadurch verpfuscht werden, indem man auf die Annäherungsversuche der sozialdemokratischen Etikettenschwindler hereinfällt. Zum anderen darf es nicht in den Glasschrein gestellt werden, nur um die revolutionäre Reinheit zu bewahren. Das Programm muss bei Wahlen und Kämpfen zum Bezugspunkt und Sprachrohr derjenigen werden, die diese Gesellschaft wirklich verändern wollen, so wie sie es verdient.

*Übersetzung: MiWe.*